

人民日报

停止炮击大、小金门等岛屿

RENMIN RIBAO

1979年1月1日 星期一
农历戊午年十二月初三 第11133号

新华社北京一月一日电 中华人民共和国国防部长徐向前关于停止对大金门、小金门、大担、二担等岛屿炮击的声明，全文如下：

中华人民共和国和美利坚合众国政府已经宣布互相承认并建立外交关系，这是一件历史性的重大事件。中美建交将有助于亚洲和世界的和平与稳定，也为台湾回归祖国，完成祖国统一创造了有利条件。

台湾是我国的一部分，台湾同胞是我们的骨肉兄弟。为了方便侨、胞、企、马的军民到祖国大陆探亲、会友、参观访问和在台湾海峡航行、生产等活动，

我已命令福建前线部队，从今日起停止对大金门、小金门、大担、二担等岛屿的炮击。

台湾回归祖国，完成国家统一，是包括台湾同胞在内的全中国人民的共同愿望。爱国一家。我们和台湾同胞和全国人民包括港澳同胞、海外侨胞，必为祖国统一大业作出更大的努力。台湾同胞回到祖国的怀抱，台湾同胞和祖国亲人团聚的心愿一定会实现。

中华人民共和国国防部长 徐向前
一九七九年一月一日

亲爱的台湾同胞：
今天是一九七九年元旦，我们代表祖国大陆的各族人民，向诸位同胞致以亲切的问候和衷心的祝贺。

昔人有言：“每逢佳节倍思亲”。在这欢度新年的时刻，我们更加思念自己的亲骨肉——台湾的父老兄弟姐妹。我们知道，你们也无限怀念祖国和大陆上的亲人。这种增进了多少岁月的相互思念之情与日俱增。自从一九四九年台湾同祖国不幸分离以来，我们之间音讯不通，来往断绝，祖国不能统一，亲人无从团聚，民族和国家都受到了巨大的损失。所有中国同胞以及全球华裔，无不盼望早日结束这种令人痛心的局面。

我们中华民族是伟大的民族，占世界人口近四分之一，享有悠久的历史和文化，对世界文明和人类发展的卓越贡献，举世公认。台湾自古就是中国不可分割的一部分。中华民族是具有强大的生命力和凝聚力的。尽管历史上有过多少次外族入侵和内部纷争，都不曾使我们的民族陷于长久分裂。近三十年台湾同祖国的分离，是人为的，是违反我们民族的利益和愿望的，决不能再这样下去了。每一个中国人，不论是生活在台湾的还是生活在大陆上的，都对中华民族的生存、发展和繁荣负有不容推脱的责任。统一祖国这样一个关系全民族前途的重大任务，现在摆在我们大家的面前，谁也不能回避，谁也不应回避。如果我们还不尽快结束目前这种分裂局面，早日实现祖国的统一，我们何以告慰于列祖列宗？何以自解于子孙后代！人同此心，心同此理，凡属炎黄子孙，谁愿成为民族的千古罪人！

近三十年来，中国在世界上的地位已发生根本变化，我国国际地位越来越高，国际作用越来越重要。各国人民和政府为了反对霸权主义、维护亚洲和世界的和平稳定，几乎无不对我们寄予极大期望。每一个中国人都为祖国的日益强盛而感到自豪。我们如果尽快结束目前

中华人民共和国全国人大常委会 告台湾同胞书

(一九七九年一月一日)

第五届全国人民代表大会常务委员会于一九七八年十二月二十六日举行第五次会议，讨论通过了《中华人民共和国全国人民代表大会常务委员会告台湾同胞书》

前的分裂局面，把力量合到一起来，则所能贡献于人类前途者，自更不可限量。早日实现祖国统一，不仅是全中国人民包括台湾同胞的共同心愿，也是全世界一切爱好和平的人民和国家的共同愿望。

今天，实现中国的统一，是人心所向，大势所趋。世界上普遍承认只有一个中国，承认中华人民共和国政府是中国唯一合法的政府。最近中日和平友好条约的签订，和中美两国关系正常化的实现，更可预见所至，实非任何人所得而阻止。目前祖国安定团结，形势比以往任何时候都好。在大陆上的各族人民，正在为实现四个现代化的伟大目标而同心戮力。我们殷切期望台湾早日回归祖国，共同发展祖国大业。我们的国家领导人已经表示决心，一定要考虑现实情况，完成祖国统一的大业。在解决统一问题时尊重台湾现状和台湾各界人士的意见，采取合情合理的政策和办法，不使台湾人民蒙受损失。台湾各界人士也纷纷抒发怀乡思旧之情，讲述“认同回归”之愿，提出种种建议，热烈的望早日回到祖国的怀抱。时至今日，种种条件都对统一有利，可谓万事俱备，任何人都不应当拂逆民族的意志，违背历史的潮流。

我们希望于一千七百万台湾人民，也寄希望于台湾当局。台湾当局一贯坚持一个中国的立场，反对台湾独立。这就是我们共同的立场，合作的基础。我们一贯主张爱国一家。统一祖国，人人有责。希望台湾当局以民族利益为重，为实现祖国统一的事业作出宝贵的贡献。

中国政府已经命令人民解放军从今日起停止对金门等岛屿的炮击。台湾海峡目前仍然存在军事对峙，这只能制造人为的紧张。我们认为，首先应当通过中华人民共和国政府和台湾当局之间的商谈结束这种军事对峙状态，以便为双方的任何一种范围的交往接触创造必要的前提和安全的环境。

由于长期隔绝，大陆和台湾的同胞互不了解，对于双方造成各种不便。远居海外的许多侨胞都盼望能观光，与家人团聚。为什么近在咫尺的大陆和台湾的同胞却不能自由来往呢？我们认为，这种障碍没有理由继续存在。我们希望双方尽快实现通航通邮，以利双方同胞直接接触，互通讯息，探亲访友，旅游参观，进行学术文化体育工艺观摩，台湾和祖国大陆，在经济上本来是一个整体。这些年来，经济联系不幸中断。现在，祖国的建设正在蓬勃发展，我们也希望台湾的经济日趋繁荣。我们相互之间完全应当发展贸易，互通有无，进行经济交流。这是相互的需要，对任何一方都有利而无害。

亲爱的台湾同胞：
我们伟大祖国的美好前途，既属于我们，也属于你们。统一祖国，是历史赋予我们这一代人的神圣使命。时代在前进，形势在发展。我们早一天完成这一使命，就可以早一天共同创造我国空前未有的、辉煌灿烂的历史，而与先进强国并驾齐驱，共谋世界的和平与繁荣。让我们携起手来，为这一光荣目标共同奋斗！



Newsletter
der Chinesischen Botschaft in Deutschland
— Sonderausgabe Taiwan —

Grußwort des Botschafters



Liebe Leserinnen und Leser,

am kommenden 25. Okt. feiern wir das 50. Jubiläum der Wiedererlangung des legitimen Sitzes der VR China in den Vereinten Nationen, was durch die 1971 verabschiedete Resolution der VN-Generalversammlung Nr. 2758 politisch, rechtlich und verfahrensmäßig vollständig gewährleistet wurde. Die Resolution Nr. 2758 bildet zugleich die politische und völkerrechtliche Grundlage des Ein-China-Prinzips für die VN, den ihnen nahestehenden Organisationen und den Institutionen zur Behandlung der Taiwan-Frage.

Das Ein-China-Prinzip gilt als politische Grundlage für Chinas diplomatische Beziehungen und findet heute Anerkennung und Unterstützung von 180 Staaten weltweit. Dieses Prinzip wurde ebenfalls in den drei gemeinsamen Kommuniqués (Shanghai Communiqué, Joint Communiqué on the Establishment of Diplomatic Relations und August 17th Communiqué) zwischen China und den USA fest verankert. Ohne das wäre eine gesunde und stabile Entwicklung der Beziehungen zwischen Washington und Peking unvorstellbar.

Taiwan ist ein untrennbarer Teil des chinesischen Territoriums. Beide Seiten der Taiwan-Straße gehören zu demselben China. Diese historische und durch Gesetze festgeschriebene Tatsache lässt sich nicht durch willkürliche Interpretationen einzelner Politiker aus Taiwan verdrehen.

Seit dem Amtsantritt von Tsai Ing-wen 2016 hat die Taiwan-Behörde immer wieder versucht, den Konsens von 1992 mit dem Ein-China-Prinzip als Kernpunkt zu bestreiten und nach der Unabhängigkeit Taiwans zu streben. Ihre Versuche laufen sowohl den Tatsachen als auch dem Wunsch aller Chinesen auf eine friedliche Wiedervereinigung zuwider.

Die Versuche der Tsai Ing-wen-Behörde, vor allem die Schuldzuweisung der „militärischen Bedrohungen“ und der „diplomatischen Unterdrückung“ an das Festland und das Hochhalten der Taiwan-Frage auf internationalen Plattformen, haben zu Irritationen und

Missverständnisse geführt. Meine deutschen Freunde haben sich dahingehend schon oft mit Fragen an mich gewandt. Ich habe diese Fragen gesammelt und möchte mit dem Sondernewsletter die Antworten darauf präsentieren und dem Leser ein sachliches Bild der Taiwan-Frage vermitteln.

Die Taiwan-Frage ist eine rein innerchinesische Angelegenheit. Sie ist in Zeiten der Schwäche und des Chaos in der chinesischen Nation vor hundert Jahren entstanden und wird sicherlich im Zuge des Prozesses der Wiederbelebung der chinesischen Nation gelöst. Dies wird durch den allgemeinen Trend der historischen Entwicklung bestimmt und das ist der gemeinsame Wille aller Chinesen. Die Wiedervereinigung des Mutterlandes mit friedlichen Mitteln entspricht den allgemeinen Interessen der chinesischen Nation einschließlich der Landsleute Taiwans. Wir halten an dem politischen Grundsatz „friedliche Wiedervereinigung und ein Land, zwei Systeme“, an dem Ein-China-Prinzip und an dem Konsens 1992 fest und wir fördern die friedliche Entwicklung der Beziehungen über die Taiwanstraße.

Ich wünsche Ihnen eine interessante und anregende Lektüre.

Mit den besten Grüßen,

Wu Ken

Botschafter Chinas in Deutschland

Die Taiwan-Frage im Einzelnen

1. Worum handelt es sich bei der Taiwan-Frage?

Die Taiwan-Frage umfasst drei Aspekte.

1.) Sie ist ein Überbleibsel des Bürgerkriegs und eine rein innere Angelegenheit Chinas. Am 1. Oktober 1949 wurde die Volksrepublik China gegründet und die Kuomintang zog sich nach Taiwan zurück, wo sie mit Hilfe der USA ein eigenes Regime errichtete. Bei der Taiwan-Frage geht es also ausschließlich um die Beziehungen zwischen der Regierung der Volksrepublik China in Peking - der einzigen rechtmäßigen Regierung, die das gesamte chinesische Volk vertritt - und den taiwanesischen Behörden.

2.) Die Taiwan-Frage ist eine Frage des Schutzes der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität, der Verteidigung der nationalen Ehre und Ablehnung der chinesischen Regierung und des chinesischen Volkes gegen eine Einmischung von außen. Die US-Regierung ist aufgefordert, sich strikt an die Grundsätze, die in den drei gemeinsamen Kommuniqués zwischen den USA und China verankert wurden, zu halten und von jeglichen Interventionen in die innere Angelegenheit der Wiedervereinigung Chinas abzusehen.

3.) Die Taiwan-Frage ist im Wesentlichen ein Kampf zwischen den Kräften für oder gegen die Teilung Chinas und zwischen den Kräften für oder gegen die „Unabhängigkeit Taiwans“. Es ist der Kampf zwischen einem China und „zwei Chinas“. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk halten an dem Ein-China-Prinzip fest, wenden sich entschieden gegen alle Pläne, die auf eine Spaltung des Landes und der Nation abzielen und stellen sich entschlossen allen Versuchen entgegen, „zwei Chinas“, „ein China und ein Taiwan“ oder die „Unabhängigkeit Taiwans“ zu etablieren.



Zheng Chenggong erobert Taiwan von den niederländischen Kolonisten zurück

2. Was ist die Grundlage für Ein China, de facto?

Am 1. Oktober 1949 wurde die Zentrale Volksregierung der VR China proklamiert, die die Regierung der Republik China ablöste und damit die einzige rechtmäßige Regierung ganz Chinas und sein einziger rechtmäßiger Vertreter auf der internationalen Bühne wurde. Dadurch wurde der historische Status der Republik China beendet. Dies war eine Ablösung eines alten Regimes durch ein neues China in einer Situation, in der sich weder die Hauptbestandteile des gültigen internationalen Rechts noch Chinas Souveränität und das ihm innewohnende Territorium verändert haben, so dass die Regierung der VR China natürlicherweise Chinas Souveränität, einschließlich der Souveränität über Taiwan, in vollem Umfang verkörpert und ausübt.

Seit dem Rückzug der KMT-Regierung nach Taiwan hat ihr Regime zwar weiterhin die Bezeichnungen „Republik China“ und „Regierung der Republik China“ verwendet, doch hat es sein Recht auf Ausübung der staatlichen Souveränität im Namen Chinas längst vollständig verwirkt und ist in Wirklichkeit immer nur eine lokale Behörde auf chinesischem Gebiet geblieben.

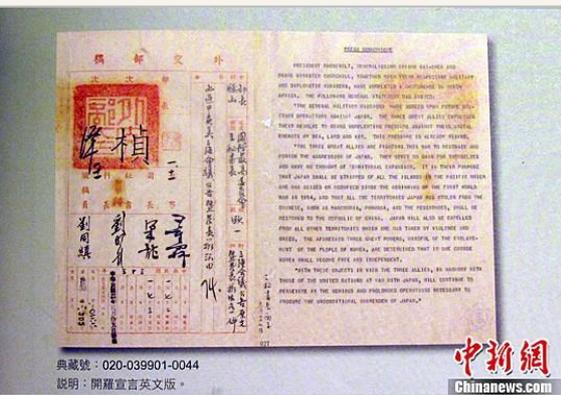
Auch wenn die Wiedervereinigung der beiden Seiten der Meerenge noch aussteht, hat das langfristige Bestehen dieser unnatürlichen Situation Taiwan weder einen völkerrechtlichen Status oder Rechte verliehen, noch hat es an dem rechtlichen Status Taiwans als Teil Chinas etwas verändert.

3. Was ist die Grundlage für Ein China, de jure?

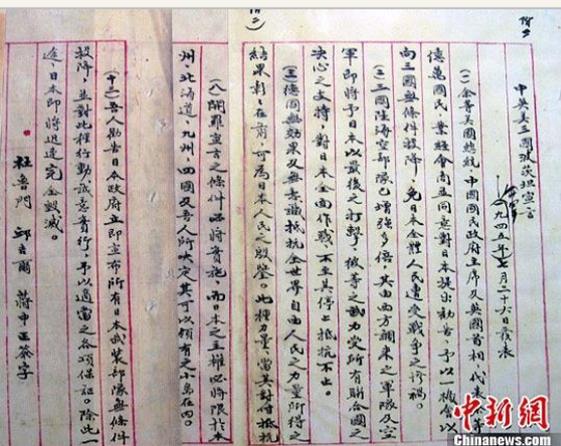
Taiwan ist ein untrennbarer Teil des chinesischen Territoriums. Im April 1895 zwang Japan durch einen Angriffskrieg die chinesische Qing-Regierung, den ungleichen Vertrag von Shimonoseki zu unterzeichnen und besetzte Taiwan. Am 25. Oktober 1945 eroberte China gemäß der Kairoer Erklärung und der Potsdamer Erklärung Taiwan und die Inselgruppe Penghu zurück und stellte die Souveränität über Taiwan wieder her.

Am Tag ihrer Gründung, am 1. Oktober 1949, erklärte die Zentrale Volksregierung der VR China allen Ländern der Welt: „Diese Regierung ist die einzige legitime Regierung Chinas, die das gesamte Volk vertritt. Sie ist bereit, diplomatische Beziehungen mit allen ausländischen Regierungen aufzunehmen (...), sofern sich diese an die Wahrung der territorialen Integrität und Souveränität des jeweils anderen halten.“ Den Vereinten Nationen teilte die Zentrale Volksregierung in Peking mit, dass die KMT-Behörden auf Taiwan „sowohl de jure als auch de facto jede Grundlage verloren haben, das Volk und das Land China zu vertreten“.

Im Oktober 1971 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf ihrer 26. Sitzung die Resolution 2758, mit der die VR China als einziger rechtmäßiger Vertreter des chinesischen Volkes anerkannt und ihre Vertreter in der UN gegen die der taiwanesischen Behörden ausgetauscht wurden. Die Volksrepublik China erhielt damit ihren Sitz und ihre Rechte in den VN wieder. Bis heute haben 180 Länder diplomatische Beziehungen zur VR China aufgenommen; sie alle erkennen das Ein-China-Prinzip an und gestalten ihre Beziehungen zu Taiwan im Rahmen des Ein-China-Prinzips.



Kairoer Erklärung



Potsdamer Erklärung. Chinesische Version

4. Warum kann die „Zwei-Deutsche-Staaten-Formel“ nicht auf die Lösung der Taiwan-Frage angewendet werden?

In Taiwan wurde vorgeschlagen, die Beziehungen dies- und jenseits der Taiwanstraße nach der „Zwei-Staaten-Formel“ wie in Deutschland zu regeln. Dieser Vorschlag basiert auf einem falschen Verständnis der Geschichte und der Realität. Er kann nicht zur Lösung des Problems herangezogen werden.

Erstens, die Hintergründe und die Art der Teilung sind grundverschieden. Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg 1945 wurde Deutschland gemäß der Berliner Erklärung sowie dem Potsdamer Abkommen in Zonen aufgeteilt, die von den vier Siegermächten getrennt besetzt wurden. Die Bundesrepublik Deutschland wurde in der von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich besetzten Zonen und die Deutsche Demokratische Republik in der von der Sowjetunion besetzten Zone gegründet. Die „Deutschland-Frage“ wurde ausschließlich von externen Faktoren im Rahmen des Zweiten Weltkriegs bestimmt, während die Taiwan-Frage eine rein innere Angelegenheit ist, die aus einem chinesischen Bürgerkrieg resultiert.

Zweitens ist der völkerrechtliche Status unterschiedlich. Deutschland wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gemäß internationalen Verträgen geteilt, während Taiwan gemäß internationalen Verträgen (Kairoer Erklärung, Potsdamer Erklärung) von Japan an China zurückgegeben wurde. Taiwan wurde nie vertraglich von China getrennt.

Drittens, Deutschland und Taiwan unterscheiden sich in ihren Existenzbedingungen. Anders als in beide Seiten der Taiwan-Straße wurden während des Kalten Krieges ausländische Truppen in beiden deutschen Staaten stationiert und diese waren gezwungen, sich gegenseitig anzuerkennen und in der internationalen Gemeinschaft getrennt zu existieren. Im weiteren Gegensatz zu Deutschland hat die chinesische Regierung immer auf dem Ein-China-Prinzip beharrt und das wurde so auch von der internationalen Gemeinschaft weitgehend akzeptiert.

5. Warum ist die Taiwan-Frage keine Sache der Demokratie- oder Systemdebatte?

Die Demokratie- und Systemkontroverse ist ein Vorwand Taiwans, um die Wiedervereinigung Chinas zu behindern und die Weltöffentlichkeit zu täuschen. Die Behörden in Taipeh haben wiederholt erklärt, dass „die Demokratisierung auf dem chinesischen Festland der Schlüssel zur Wiedervereinigung Chinas ist“ und dass „die eigentliche Frage ein Wettstreit der Systeme ist“. Das ist nicht korrekt. Die KPCh und die chinesische Regierung in Beijing haben sich für eine Wiedervereinigung in Form von „ein Land, zwei Systeme“ ausgesprochen, in der die beiden unterschiedlichen Gesellschaftssysteme koexistieren. Die chinesische Regierung erkennt dabei auch die Unterschiede zwischen Taiwan und Hongkong oder Macao an und ist bereit, nach der Wiedervereinigung die Politik „Ein Land, zwei Systeme“ in Taiwan entsprechend anders als in den ehemaligen Kolonien zu handhaben. Dieses Konzept ist dazu geeignet, den Willen der Bevölkerungen auf beiden Seiten der Meerenge zu berücksichtigen und es ist von daher demokratisch.

Demgegenüber verlangt die Behörde in Taipeh als Voraussetzung zur Wiedervereinigung eine Angleichung der beiden Systeme, in der die 1,4 Milliarden Menschen auf dem chinesischen Festland das politische und wirtschaftliche System von Taiwan übernehmen sollen. Eine Minderheit will der Mehrheit ihren Willen aufzwingen. Das ist undemokratisch.

Die Forderung Taiwans nach „mehr Demokratie“ kann also schwerlich als Grund für die Ablehnung der Wiedervereinigung herangezogen werden. Mit anderen Worten, der Kern der Kontroverse liegt nicht in der Frage der Demokratisierung oder des Systems, sondern in der Grundsatzentscheidung für oder gegen die Wiedervereinigung.

6. Was versteht man unter „Konsens von 1992“

Der „Konsens von 1992“ bezieht sich auf ein Übereinkommen, das zwischen der Association for Relations across the Taiwan Strait (ARATS, Vereinigung für die Beziehungen über die Taiwanstraße) vom Festland und der Strait Exchange Foundation (SEF, Stiftung für den Austausch über die Taiwanstraße) von Taiwan im November 1992 erzielt wurde. Darin haben beide Parteien mündlich erklärt, dass „beide Seiten der Taiwan-Straße sich an das Ein-China-Prinzip halten“ und die Position vertreten, „nach nationaler Wiedervereinigung zu streben“.

Ende 1987 wurde die Abgrenzung zwischen beiden Seiten der Meerenge nach mehr als 30 Jahre durchbrochen. Mit dem einsetzenden Personenverkehr sowie dem wirtschaftlichen und kulturellen Austausch traten aber auch neue Probleme auf. Um diese zu lösen, gründete die Insel Taiwan am 21. November 1990 die SEF, eine offiziell autorisierte Institution. Im Festland riefen am 16. Dezember 1991 das Büro für Taiwan-Angelegenheiten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und das Büro für Taiwan-Angelegenheiten des Staatsrates die ARATS ins Leben. Diese beiden Verbände wurden jeweils mit dem Austausch und den Verhandlungen zwischen den *beiden Seiten* der Taiwan-Straße beauftragt - unter strikter Einhaltung des Ein-China-Prinzips.

Vom 28. bis 30. Oktober 1992 erörterten diese beiden Verbände, wie die Geltung des Ein-China-Prinzips formuliert werden kann. Unabhängig davon unterzeichneten beide Seiten eine Reihe von Austausch- und Kooperationsvereinbarungen.

Die Anerkennung des Konsenses von 1992, ist gleichbedeutend mit der Anerkennung, dass „das Festland und Taiwan zu einem China gehören“. Wenn die taiwanesischen Behörden den Konsens von 1992 nicht anerkennen, wird es keinen Fortschritt der Beziehungen geben.



Auf der Grundlage des Konsenses von 1992 trafen sich die Präsidenten der ARATS und SEF im April 1993 in Singapur



Familienzusammenführung auf beiden Seiten der Taiwanstraße

7. Taiwans Kontakte mit der Außenwelt

Die chinesische Regierung hält an dem Ein-China-Prinzip fest, wenn es um die Kontakte Taiwans mit der Außenwelt geht. Die taiwanesischen Behörden haben keine Mühen gescheut, um die „pragmatische Diplomatie“ in der internationalen Arena zu fördern und ihren "internationalen Überlebensraum" zu vergrößern, was im Wesentlichen darauf hinausläuft, „zwei Chinas“ oder „ein China, ein Taiwan“ zu schaffen. Es ist nur natürlich, dass sich die chinesische Regierung diesen Bestrebungen entschieden widersetzt. In Anbetracht der Erfordernisse der sozioökonomischen Entwicklung Taiwans und des tatsächlichen Nutzens für die Landsleute in Taiwan hat die chinesische Regierung keine Einwände gegen Taiwans nichtstaatliche wirtschaftliche und kulturelle Kontakte mit dem Ausland. So kann Taiwan beispielsweise im Internationalen Olympischen Komitee unter dem Namen „Chinesisch-Taipeh“ vertreten sein. Tatsächlich unterhält Taiwan umfangreiche Wirtschafts-, Handels- und Kulturbeziehungen zu vielen Ländern und Regionen der Welt. Jedes Jahr gehen mehr als 17 Millionen taiwanesischen Landsleute ins Ausland, um dort zu reisen, Geschäfte zu machen oder zu studieren, oder um an einem akademischen, kulturellen oder sportlichen Austausch teilzunehmen. Taiwans jährliches Import- und Exporthandelsvolumen hat die Marke von 340 Milliarden US-Dollar überschritten. Dies hat gezeigt, dass die Einhaltung des Ein-China-Prinzips die taiwanesischen Landsleute nicht daran gehindert hat, sich an nichtstaatlichen internationalen Austausch zu beteiligen und dass die normalen wirtschaftlichen, handelspolitischen und kulturellen Aktivitäten Taiwans nicht beeinträchtigt wurden.



Shanghai Communiqué Erinnerungsumschlag zum 30. Jahrestag

2758 (XXVI). Restoration of the lawful rights of the People's Republic of China in the United Nations

The General Assembly,

Recalling the principles of the Charter of the United Nations,

Considering that the restoration of the lawful rights of the People's Republic of China is essential both for the protection of the Charter of the United Nations and for the cause that the United Nations must serve under the Charter,

Recognizing that the representatives of the Government of the People's Republic of China are the only lawful representatives of China to the United Nations and that the People's Republic of China is one of the five permanent members of the Security Council,

Decides to restore all its rights to the People's Republic of China and to recognize the representatives of its Government as the only legitimate representatives of China to the United Nations, and to expel forthwith the representatives of Chiang Kai-shek from the place which they unlawfully occupy at the United Nations and in all the organizations related to it.

*1976th plenary meeting,
25 October 1971.*

Vereinte Nationen Resolution 2758

8. Taiwan und internationale Organisationen

Taiwan kann nicht Mitglied der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen werden, deren Mitgliedschaft auf souveräne Staaten beschränkt ist, denn Taiwan ist kein souveräner Staat. Auch wurde nach der Wiederherstellung der rechtmäßigen Rechte und Vertretung der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen ein erneuter Beitritt Taiwans ausgeschlossen. Die taiwanesischen Behörden jedoch haben behauptet, dass die Resolution 2758 der UN nur „das Problem der Vertretung Chinas“, nicht aber „das Problem der Vertretung Taiwans“ gelöst habe, und haben erneut die Teilnahme an der UN gefordert. Das ist ein Versuch zur Schaffung von „zwei Chinas“ oder „ein China, ein Taiwan“, den das chinesische Volk nicht zulassen wird.

Die Beteiligung der Region Taiwan an internationalen Organisationen, einschließlich der WHO, muss in Übereinstimmung mit dem Ein-China-Prinzip erfolgen. Dies ist ein Grundprinzip, das in der Resolution 2758 der UN und der Resolution 25.1 der Weltgesundheitsversammlung (WHA) bekräftigt wurde. Vor 2016 traf China besondere Vorkehrungen für die Teilnahme der Region Taiwan an der WHA auf der Grundlage, dass beide Seiten der Taiwanstraße das Ein-China-Prinzip wahren. Seit aber die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) an die Macht gekommen ist, hat sie ihre politische Agenda über das Wohlergehen Taiwans gestellt, an der separatistischen Position der „Unabhängigkeit Taiwans“ festgehalten und sich geweigert, den Konsens von 1992, der das Ein-China-Prinzip verkörpert, anzuerkennen. Infolgedessen ist die politische Voraussetzung für die Teilnahme der Region Taiwan an der WHA nicht mehr gegeben.

9. Warum ist die chinesische Regierung gegen den Verkauf oder die Vermietung von Waffen an Taiwan durch Länder, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten?

Die chinesische Regierung ist strikt gegen den Verkauf oder das Leasen von Waffen und kriegstechnischer Ausrüstung oder die Weitergabe von militärischer Produktionstechnologie an Taiwan durch andere Länder. Regierungen mit diplomatischen Beziehungen zur VR China sind aufgefordert, sich an die Grundsätze der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu halten und keinerlei Waffen an Taiwan zu liefern. Andernfalls wäre dies ein Verstoß gegen die Normen der internationalen Beziehungen und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas.

Insbesondere die Großmächte, die eine große Verantwortung für den Weltfrieden tragen, sind verpflichtet, sich an die von den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats festgelegten Richtlinien zu halten und die Verbreitung konventioneller Waffen einzuschränken, um so zur Wahrung und Förderung des regionalen Friedens und der globalen Sicherheit beizutragen.

In einer Zeit, in der sich die Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Straße von Taiwan entspannen, sind einige Länder jedoch versucht, ihre Verpflichtungen aus internationalen Abkommen zu brechen und sich über den wiederholten nachdrücklichen Protest der chinesischen Regierung hinwegzusetzen, indem sie Waffen an Taiwan verkaufen. Damit schaffen sie Spannungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße, die nicht nur eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit Chinas und ein Hindernis für die friedliche Wiedervereinigung Chinas sind, sondern sie gefährden auch den Frieden und die Stabilität in Asien und der ganzen Welt.

10. Warum tritt die chinesische Regierung für den Einsatz friedlicher Mittel zur Lösung der Taiwan-Frage ein, kann aber gleichzeitig nicht auf den Einsatz von Gewalt verzichten?

Die friedliche Wiedervereinigung ist die erklärte Politik der chinesischen Regierung. Die Wiedervereinigung des Landes mit friedlichen Mitteln zu verwirklichen, fördert die große Einheit der chinesischen Nation, die soziale Stabilität sowie die wirtschaftliche Entwicklung Taiwans und sie dient dem Wohlstand ganz Chinas; sie ist das Bestreben des gesamten chinesischen Volkes.

Die chinesische Regierung vertritt die Auffassung, dass eine friedliche Wiedervereinigung den Einsatz von Gewalt nicht ausschließt. Scheinbar paradoxerweise kann ein Bekenntnis zum Gewaltverzicht nicht nur eine friedliche Wiedervereinigung unmöglich machen, sondern letztlich zur Gewaltanwendung zwingen. Dabei gilt zu unterscheiden, gegen wen sich die Gewalt richten kann. Die Option der Gewaltanwendung richtet sich keineswegs gegen die Landsleute in Taiwan, sondern gegen ausländische Kräfte, die sich in die Wiedervereinigung Chinas einmischen und gegen die Bestrebungen zur „Unabhängigkeit Taiwans“.

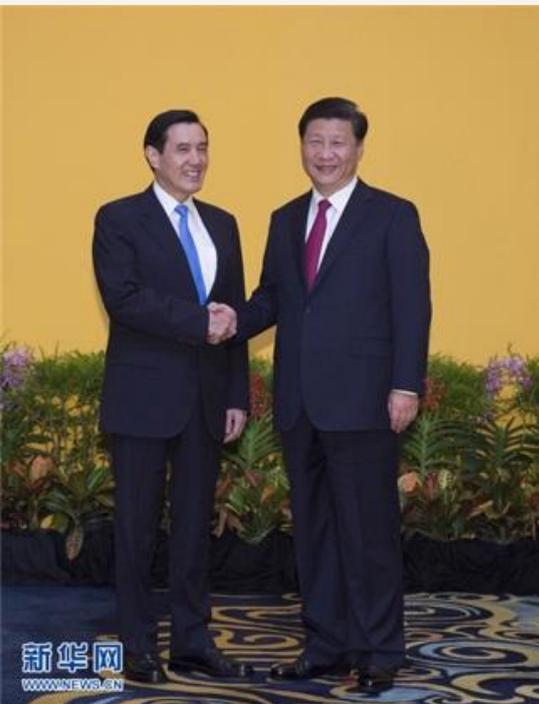
Mit welchen Mitteln die Taiwan-Frage gelöst werden soll, ist eine rein innere Angelegenheit Chinas. Ein souveränes Land hat das Recht, alle - einschließlich militärischer - Mittel zu ergreifen, die es für notwendig hält, um seine Souveränität und territoriale Integrität zu schützen. Die chinesische Regierung ist nicht verpflichtet, sich gegenüber einem anderen Land, das China spalten will, festzulegen, welche Mittel sie zur Lösung der Taiwan-Frage einsetzen wird.



Nachricht an die Landsleute in Taiwan 1979



Rede von Xi Jinping zum 110. Jahrestag der Xinhai-Revolution



Treffen zwischen den Spitzenpolitikern beider Seiten in Singapur

11. Austausch zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße

Auf der Grundlage des Konsenses von 1992 hat sich der Austausch zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße in verschiedenen Bereichen entwickelt. 1994 verabschiedete Festlandchina das Gesetz zum Schutz von Investitionen taiwanesischer Landsleute. Im Dezember 2008 wurden der direkte Luft- und Seeverkehr sowie die direkten Postverbindungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße offiziell aufgenommen, was einen Meilenstein in der Geschichte darstellt. Am 7. November 2015 trafen sich Präsident Xi Jinping und der ehemalige taiwanesischer Spitzenpolitiker Ma Ying-jeou in Singapur zu einem Meinungsaustausch. Das Treffen hat ein historisches Kapitel der Beziehungen zwischen beiden Seiten aufgeschlagen, bei dem der Konsens von 1992 nochmal bekräftigt wurde.

Trotz Corona-Pandemie nahm der Handel zwischen beiden Seiten weiter zu. 2020 erreichte das Handelsvolumen 260,81 Milliarden US-Dollar, 14,3 % mehr als im Vorjahr und 45-mal so viel wie das Handelsvolumen im Jahr 1991. Mit einem Handelsdefizit von 140,52 Milliarden US-Dollar ist Festlandchina Taiwans größter Handelspartner und Hauptquelle des Handelsüberschusses.

Von 1988 bis 2018 haben insgesamt 135 Millionen Passagiere die Reise über die Straße von Taiwan unternommen, darunter 104 Millionen Taiwaner zu Geschäfts- oder Vergnügungszwecken auf das Festland. Das Festlandchina hat eine Reihe von Maßnahmen im Bildungsbereich ergriffen, um für taiwanesischen Studenten günstigere Bedingungen zu schaffen für Praktikum, Beschäftigung und Unternehmertum während ihres Studiums. In den letzten Jahren sind jährlich mehr als 2.000 neue Studenten aus Taiwan zum Studium auf das chinesische Festland gekommen.

Der Austausch zwischen beiden Seiten in den Bereichen Kultur, Film und Fernsehen sowie Sport hat sich ständig intensiviert. „In den Fuchun-Bergen



Direktflüge verkürzen die Reisezeit zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße



Zwei Teile Gemälde *In den Fuchun-Bergen verweilend* vereint ausgestellt.

verweilend" aus der Yuan-Dynastie ist ein berühmtes Werk der chinesischen Malerei. Das Gemälde wurde während Kriegszeit in zwei Teile geteilt und nach 1949 jeweils im Provinzmuseum von Zhejiang und im Palastmuseum in Taipeh aufbewahrt. Am 1. Juni 2011 wurden diese beiden Stücke der Malerei wieder vereint in Taipeh ausgestellt, was als ein sensationelles kulturelles Ereignis von großer Bedeutung für den Austausch zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße gilt.

Seit der Corona-Pandemie hat die Nationale Gesundheitskommission ihrem taiwanesischen Gegenüber rechtzeitig die aktuellen Entwicklungen mitgeteilt und pflegt enge Kontakte. Sie hat Dokumente zur Verfügung gestellt, Diagnose- und Behandlungskonzepte, Präventions- und Kontrollmaßnahmen sowie die Genomsequenz des Virus. Auf der Grundlage von Vereinbarungen beider Seiten, die mit dem Ein-China-Prinzip in Einklang stehen, hat die WHO wiederholt Experten aus Taiwan zur Teilnahme an Fachtagungen eingeladen.

Die folgenden Dokumente sollen Ihnen ein besseres Verständnis für die Geschichte der Taiwan-Frage und die Haltung der chinesischen Regierung zur Lösung der Taiwan-Frage vermitteln.

Weißbuch – 1993: Die Taiwan-Frage und die Wiedervereinigung von China

Weißbuch – 2000: Das Ein-China-Prinzip und die Taiwan-Frage

Nachricht an die Landsleute in Taiwan - 1979

Rede von Xi Jinping anlässlich des Treffens zum 40. Geburtstag der Herausgabe der Nachricht an die Landsleute in Taiwan - 2019

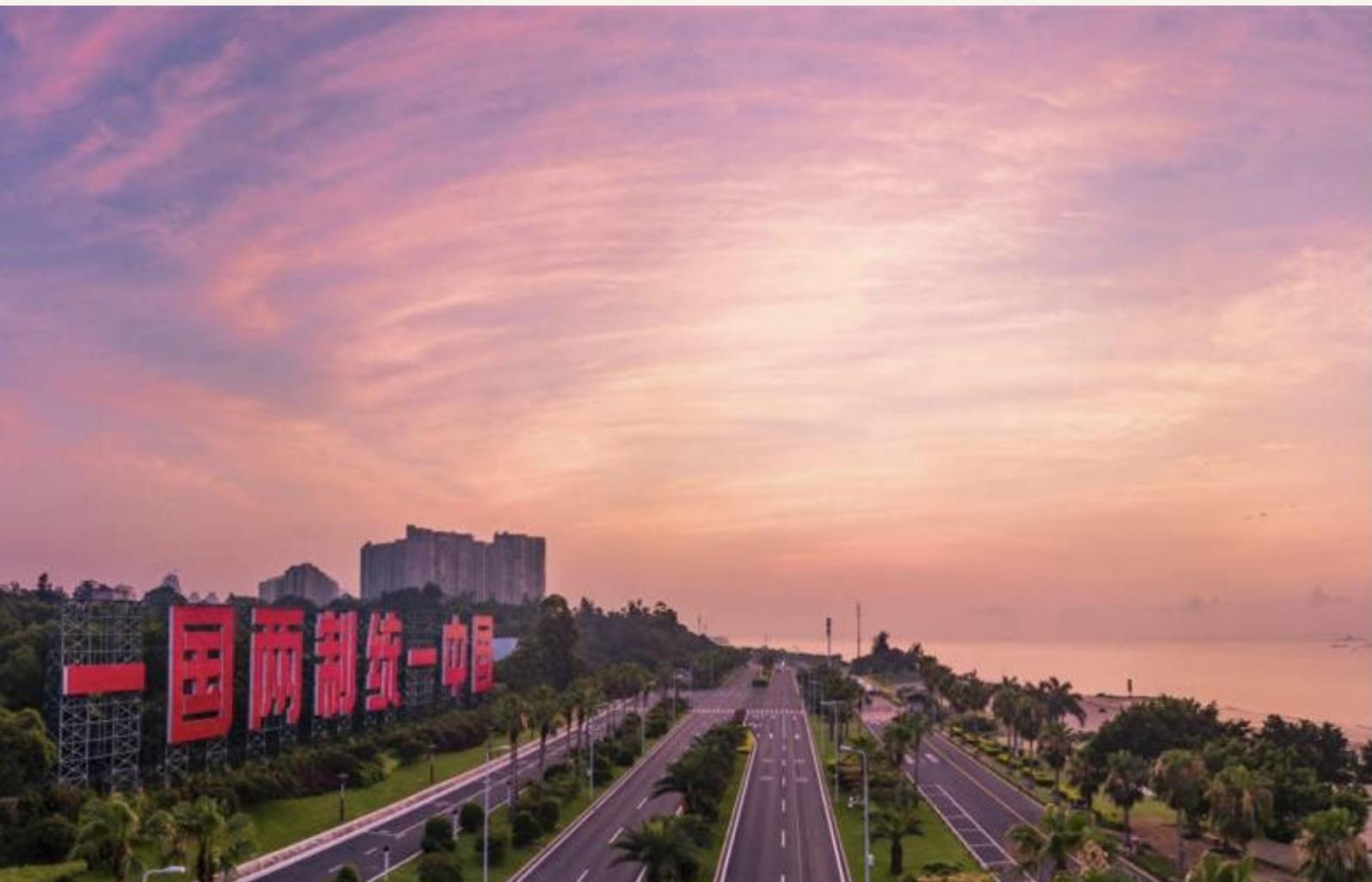
Xi Jinpings Rede anlässlich des Treffens zum 110. Jubiläums der Revolution von 1911 – 2021

Hat Ihnen unser Newsletter gefallen? Sollten Sie daran Interesse haben, ihn auch weiterhin mindestens einmal im Monat zu beziehen, dann können Sie ihn per Mail hier abonnieren:

newsletter.botschaftchina@gmail.com

Wenn Sie Kommentare oder Anregungen zum Newsletter haben oder ihn abbestellen wollen, schreiben Sie uns gerne an dieselbe Adresse. Wir freuen uns auf Ihr Feedback!

Fotoquellen: Xinhua / People's Daily / CGTN / Global Times / mfa.gov.cn
unsplash / Ash Center



Botschaft der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland
Märkisches Ufer 54, D-10179 Berlin



www.china-botschaft.de



+49 (0) 30-27588 0



@ChinaEmbGermany